



Pressemitteilung

Landesvertretung
Bremen

Verband der Ersatzkassen e. V.
Martinistraße 34
28195 Bremen
www.vdek.com
 [LinkedIn](#)

09. Oktober 2026

Gespräche am Fluss 2026 – Akteure aus Politik und Versorgung in Bremen Notfallversorgung: vdek fordert bessere Steuerung und stärkere Vernetzung

Bremen. Wie kann die Notfallversorgung so organisiert werden, dass Patientinnen und Patienten schnell zur richtigen Versorgung gelangen und gleichzeitig Rettungsdienst, Notaufnahmen und ärztlicher Bereitschaftsdienst entlastet werden? Darüber diskutierten Fachleute aus Gesundheitspolitik und Versorgung bei den diesjährigen „Gespräche am Fluss“ der vdek-Landesvertretung Bremen.

Im Mittelpunkt stand das kurz vor der Verabschiedung stehende Gesetz zur Notfallreform für eine bessere Verzahnung der verschiedenen Versorgungsbereiche und eine zielgerichtete Steuerung von Patientinnen und Patienten.

„Dazu gehört auch, dass Patienten, die kein Notfall im engeren Sinne sind, erfahren, was sie tun können. Denn letztlich wird die Akzeptanz des künftigen Systems auch stark davon abhängen, dass Hilfesuchende nicht abgewiesen werden, sondern Unterstützung erfahren. Das Nutzererlebnis muss positiv sein, ganz im Sinne von: ‚Da wurde mir geholfen.‘“, sagte Torsten Barenborg, Leiter der vdek-Landesvertretung Bremen.

Sektorengrenzen überwinden

Einen Einblick in die gesundheitspolitischen Ziele und den aktuellen Stand der Notfallreform gab **Dr. Stefan Poloczek vom Bundesministerium für Gesundheit**. Im Fokus standen dabei unter anderem die geplanten strukturellen Veränderungen, die stärkere Integration von Leitstellen und die Frage, wie die verschiedenen Akteure der Notfallversorgung künftig besser ineinandergreifen können. Ein wichtiger Teil der Reform werden die Integrierten Notfallzentren (INZ) sein, die die Krankenhäuser zusammen mit

dem ärztlichen Notdienst betreiben sollen. Poloczek zeigte sich zuversichtlich, dass die Reform Ende 2026 in Kraft treten wird.

Dass eine stärker integrierte Steuerung auch praktisch funktionieren kann, zeigte **Janina Hartmann** am Beispiel der **Großleitstelle Rotterdam**. Die Erfahrungen aus den Niederlanden verdeutlichen insbesondere die Bedeutung klarer Verantwortlichkeiten, durchgängiger Prozesse und einer datenbasierten Steuerung von Patientinnen und Patienten. In den Niederlanden sind bereits sonstige medizinische Dienste, wie die Spezialisierte Ambulante Palliativ Versorgung (SAPV), der psychologische Krisendienst oder die Pflege in den Prozess einbezogen.

Sie machte dabei deutlich, dass schon jetzt und mehr noch in der Zukunft Personal eine knappe Ressource sei und dass das System sich umbauen und konzentrieren muss, um mit diesem Fakt umzugehen.

Primärversorgung und Digitalisierung einbeziehen

Björn-Ingemar Janssen, Referatsleiter Ärzte beim vdek und Beauftragter des vdek für Digitale Versorgung, rückte die Primärversorgung und digitale Instrumente in den Mittelpunkt. Ersteinschätzungssysteme, Telemedizin und digitale Patientensteuerung werden entscheidend dazu beitragen, Hilfesuchende frühzeitig in das passende Versorgungsangebot zu führen, auch dann, wenn keine ärztliche Behandlung erforderlich ist.

„Mit 9,7 Arztkontakten pro Jahr belegen die deutschen Patienten einen Spitzenplatz in Europa. Rund 20 Prozent suchen dabei sechs oder mehr verschiedene Ärztinnen und Ärzte auf“, sagte Janssen.

Zum Zusammenspiel von Primärversorgung und Notfallversorgung ergänzte er: „Ein zukünftiges digitales Tool sollte auch Zugriff auf die elektronische Patientenakte haben, damit im Notfall ein umfassendes Bild für die Versorgung vorliegt.“

Allerdings sei dies noch ein Ausblick in die Zukunft. Mit dem Gesetz zur Digitalisierung im Gesundheitswesen sei jedoch bereits ein wichtiger Baustein gelegt, so Janssen.

Bremer Perspektive: 112, 116 117 und ambulante Versorgung besser verzahnen

Welche Anforderungen sich daraus für Bremen ergeben, diskutierten die Referentinnen und Referenten gemeinsam mit Dr. Andreas Callies, Ärztlicher Leiter des Rettungsdienstes Bremen, Ole Laumann, Leiter der Abteilung Gesundheit bei der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz Bremen, sowie Dr. Bernhard Rochell, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Schnittstelle zwischen den Rufnummern 112 und 116 117, die bereits bei der Rettungsleitstelle in Bremerhaven digital überbrückt wird, das bereits seit Jahren gemeinsam von der Klinik und der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen betriebene INZ am St. Josef-Stift, die Entlastung der Notaufnahmen durch ambulante Angebote sowie die Frage, welche Steuerungsverantwortung Bund, Länder und die Akteure vor Ort übernehmen müssen.

Dabei zeigte sich, dass in Bremen bereits manches in diesem Sinne gelebt wird, dass es jedoch bei der Steuerung und Integration noch Entwicklungsbedarf gibt. „Von Rotterdam lernen“ lautete daher auch der Konsens der diesjährigen „Gespräche am Fluss“.

Pressekontakt:

Christiane Rings, vdek-Landesvertretung Bremen

Tel.: 04 21 / 1 65 65 - 76, E-Mail: christiane.rings@vdek.com

Birgit Tillmann, vdek-Landesvertretung Bremen

Tel.: 04 21 / 1 65 65 – 84, E-Mail: birgit.tillmann@vdek.com

Der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) ist Interessenvertretung und Dienstleistungsunternehmen aller sechs Ersatzkassen:

[Techniker Krankenkasse \(TK\)](#), [BARMER](#), [DAK-Gesundheit](#), [KKH Kaufmännische Krankenkasse](#), [hkk – Handelskrankenkasse](#) und [HEK – Hanseatische Krankenkasse](#).

Die Ersatzkassen versichern zusammen etwa 29 Millionen Menschen in Deutschland, davon knapp 249.000 in Bremen. Damit sind die Ersatzkassen Marktführer im Stadtstaat. Beim vdek arbeiten bundesweit etwa 800 Beschäftigte. Hauptsitz des Verbandes ist Berlin. Für die regionale Präsenz der Ersatzkassen in Bremen sorgt die vdek-Landesvertretung in Bremen.